GSP.D-01-094

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Katharina Zimmer (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 93 bis 96:
Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. ~~Voraussetzung hierfür sind neben klaren gesetzlichen Regelungen Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-, gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.~~Dazu braucht es klare gesetzliche Regelungen. Zudem muss sichergestellt sein, dass sich nebenberufliche politische Arbeit mit Erwerbsarbeit sowie gesellschaftlicher Arbeit und familiärer Carearbeit vereinbaren lässt. Niemand sollte aus organisatorischen Gründen auf ein politisches Mandat verzichten. Außerdem muss hauptberufliche politische Arbeit auch flexibel möglich sein, um diese mit dem Privatleben der Mandatsträger*innen vereinbar zu machen.

Begründung

Das nebenberufliche und hauptberufliche politische Engagement ist sehr zeitaufwändig. Engagiert man sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik, nimmt dies besonders abends und am Wochenende viel Zeit in Anspruch. Besonders für Frauen, die meistens für die Sorgearbeit zuständig sind, ist eine Partizipation zu die diesen Tageszeiten nur schwer möglich. Deshalb ist es notwendig die Strukturen der entsprechenden Gremien und der Erwerbstätigkeit zu überdenken, um politisches Engagement für alle Personengruppen möglich zu machen.

Ein hauptberufliches politisches Mandat in Parlamenten wie den Landtagen und dem Bundestag nimmt mehr Zeit als ein Vollzeitjob in Anspruch. Besonders für Personen, die sich in der Familienplanung befinden, ist ein solches Mandat nicht ausführbar. Es sollte beispielsweise möglich sein, mit Hilfe von Mitarbeiter*innen die Arbeitszeit zu reduzieren oder an Abstimmungen von zu Hause teilzunehmen. Innerhalb der Partei sollte zudem kein Druck auf Mandatsträger*innen aufgebaut werden, wenn diese nicht ihre gesamte Zeit in politisches Engagement stecken.

weitere Antragsteller*innen

Patrick Freiermuth (KV Mannheim); Elsabe Luise Berge (KV Mannheim); Maximilian Reith (KV Mannheim); Julian Fischer (KV Mannheim); Elisabeth Pielhoff (KV Heidelberg); Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Bettina Chlond (KV Mannheim); Susanne Schrott (KV Mannheim); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Katja Raiher (KV Mannheim); Kristina Rauch (KV Rastatt/Baden-Baden); Felice Mantel (KV Mannheim); Lucas Hohe (KV Emmendingen); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Franz Fischer (KV Main-Tauber); Simon Flesch (KV Heidelberg); Shamsher Sahin (KV Heidelberg); Tristan Hoffmann (KV Oberhavel)